

Von besonderer Bedeutung ist die militärische Entspannung in Europa. Für alle, denen an Frieden und Sicherheit gelegen ist, sollte annehmbar sein, daß die Teilnehmerstaaten der Gesamteuropäischen Konferenz die Verpflichtung eingehen, nicht als erste gegeneinander Kernwaffen anzuwenden, und daß die Staaten des Warschauer Vertrages und der NATO ihre Bündnisse nicht erweitern. Die von den sozialistischen Staaten am 8. Juni 1978 bei den Wiener Verhandlungen über die Reduzierung der Streitkräfte und Rüstungen in Mitteleuropa unterbreiteten Vorschläge sind ein aktiver Beitrag, zur militärischen Entspannung zu kommen.

Die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages haben ihre Bereitschaft und ihren unerschütterlichen Willen bekundet, den Prozeß der Entspannung weiterzuführen und unumkehrbar zu machen. Das Politbüro des Zentralkomitees der SED und der Ministerrat der DDR erklären, daß die Deutsche Demokratische Republik auch künftig konstruktiv dafür wirken wird.

Das Politbüro des Zentralkomitees der SED und der Ministerrat der DDR unterstützen die auf der Moskauer Tagung bekräftigte Politik der aktiven Solidarität mit dem antiimperialistischen Kampf der national befreiten Staaten, vor allem sozialistischer Orientierung, und mit den um ihre Befreiung vom imperialistischen Joch ringenden Völkern. Das gilt insbesondere für die Völker von Simbabwe, Namibia und der Republik Südafrika, die für die endgültige Beseitigung des Kolonialismus, des Rassismus und der Apartheid kämpfen. Das Volk der DDR verurteilt mit Entschiedenheit die Separatvereinbarungen von Camp David, die den Keim neuer Konfrontation in sich tragen und von der Bagdader Gipfelkonferenz arabischer Staaten einmütig abgelehnt wurden. Die DDR wird sich auch künftig für eine gerechte, allumfassende Regelung einsetzen, weil das der einzige Weg zu einem wahrhaft gerechten und dauerhaften Frieden im Nahen Osten ist.

Das Politbüro des Zentralkomitees der SED und der Ministerrat der DDR bekräftigen getreu den Prinzipien des proletarischen Internationalismus die aktive Solidarität mit dem Kampf des heldenhaften Volkes von Vietnam um die Sicherung seiner nationalen Souveränität und territorialen Integrität, bei der weiteren sozialistischen Umgestaltung des Landes.

Die Moskauer Tagung unterstrich die völkerrechtliche Verpflichtung aller Staaten, die Menschenrechte zu achten. Sie wandte sich gegen jegliche Förderung faschistischer Diktaturen und reaktionärer Regimes, die sich einer brutalen und massenhaften Verletzung der Menschenrechte schuldig machen. Die sozialistischen Staaten setzen sich mit allem Nachdruck dafür ein, daß solche entscheidenden Menschenrechte wie das Recht auf ein Leben in Frieden, das Recht auf freien Zugang zur Arbeit, das Recht auf Bildung und auf soziale Sicherheit überall in der Welt verwirklicht und gesetzlich verankert werden. Sie treten für die internationale Zusammenarbeit zur Verteidigung der Men-